



Wien, September 2004

PC.DEL/859/04
14 September 2004

Original: GERMAN

OSZE-Konferenz zu Toleranz und dem Kampf gegen Rassismus,
Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
Session 1: "Legislative and institutional mechanisms and governmental
action including law enforcement"

Erklärung von Claudia Roth, Beauftragte der Bundesregierung für
Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Mit grosser Sorge sehe ich, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sich im OSZE-Raum und darüber hinaus nach wie vor auf das Widerwärtigste manifestieren. Sie sind ein Angriff auf den Kern unserer demokratischen Gesellschaftsordnungen, die sich auf Toleranz und Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen gründen.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gehen uns alle an. Solange Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität verfolgt, ausgegrenzt, benachteiligt, belästigt oder beleidigt werden, ist unsere volle Aufmerksamkeit und unser entschlossenes Handeln erforderlich. Solange Asylantenwohnheime mit Brandbomben bedroht, rassistische Parolen an Mauerwände geschmiert, solange Andersgläubige verhöhnt werden, Politiker fremdenfeindliche Ressentiments bedienen, solange darf unser Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit nicht ruhen.

Denn wie wir mit unseren Mitmenschen, ob hell- oder dunkelhäutig, ob christlich, muslimisch oder jüdisch, ob männlich oder weiblich umgehen, das legt Zeugnis davon ab, wie offen und demokratisch unsere Gesellschaften tatsächlich sind. Jeder Angriff gegen einen Menschen anderer Hautfarbe und jede abfällige Bemerkung

gegenüber einem Andersgläubigen sind Ausdruck von Intoleranz und mangelndem Respekt vor dem Anderen. Sie sind eine Kampfansage an unsere demokratische und offene Gesellschaft - eine Kampfansage, der wir uns alle stellen müssen.

Die Brüsseler Konferenz zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung hat diese Herausforderung mit grosser Entschiedenheit angenommen. Unser ausdrücklicher Dank gilt neben dem bulgarischen Vorsitz unserem Gastgeber, der belgischen Regierung, der wir diese hochrangige Konferenz in der weltoffenen, internationalen Stadt Brüssel verdanken.

Wir wollen hier in Brüssel gemeinsam nach Lösungen suchen und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung vereinbaren. Was wir in Deutschland gegen diese gefährlichen Phänomene tun, hat ihnen meine Kollegin Frau Marieluise Beck, geschildert.

Ich freue mich, dass auch diese Konferenz wieder eine besondere Stärke der OSZE nutzen wird: Sie wird durch die enge Zusammenarbeit von Regierungsvertreterinnen und -vertretern mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, mit Parlamentariern und Journalisten geprägt sein wird. Denn der Kampf gegen die Intoleranz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gleichermassen das Engagement von Staat und Bürgergesellschaft fordert.

Nur gemeinsam, in engem Zusammenwirken können wir erfolgreich verhindern, dass rassistische, anti-muslimische, fremdenfeindliche und antisemitische Übergriffe verschwiegen, geduldet und hingenommen werden. Nur in gemeinsamer Anstrengung können wir erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Staaten aufstehen und sich schützend vor angegriffene und ausgegrenzte Mitmenschen stellen. Wir sind gemeinsam gefordert, dafür zu werben, dass die Vielfalt von Ethnien, Kulturen und Religionen in unseren Gesellschaften keine Bedrohung, sondern ein Gewinn für uns alle ist, den es zu verteidigen gilt.

Meine Damen und Herren,
diese Konferenz ist uns wichtig, genauso wichtig wie die Berliner Konferenz zum Antisemitismus. Deshalb wünsche ich mir, dass wir unseren Willen zur Bekämpfung der Intoleranz in konkretes politisches Handeln umsetzen. Ich wünsche mir, dass diese Brüsseler Konferenz sichtbar Maßstäbe im OSZE-Raum schafft. Brüssel sollte Synonym werden für eine eindeutige Verurteilung jeglicher Form von Intoleranz. Brüssel soll Ausgangspunkt sein für umfassende Massnahmen zur Erfassung und zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Nach der Berliner Konferenz zum Antisemitismus und der Pariser Konferenz zu Hasspropaganda im Internet wird mit diesem Zusammentreffen der Zyklus der OSZE-Konferenzen zum Thema Intoleranz vervollständigt. Jetzt muss es darum gehen, die Konferenzergebnisse von Berlin, Paris und Brüssel umzusetzen.

Wir müssen unsere Hausaufgaben machen und die OSZE unterstützen, ihrerseits ihre Hausaufgaben zu erledigen. Sie, Herr Vorsitzender, sind hier als Leiter von ODIHR in ganz besonderer Weise gefordert. Was in unseren Kräften steht, tragen wir gerne bei.

Im Hinblick auf den Ministerrat der OSZE in Sofia sollten wir auch offen darüber nachdenken, ob und wie wir unseren Bemühungen im Kampf gegen die Intoleranz noch mehr Nachdruck, mehr Sichtbarkeit verleihen können. Dabei sollten wir an unserem bewährten Ansatz festhalten: Es gilt, dem Zusammenhang zwischen den verschiedenen Formen der Intoleranz Rechnung zu tragen, zugleich aber auch ihren individuellen Erscheinungsformen wie etwa dem der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus gerecht zu werden.

Entscheidend bleibt letztlich, und das gilt für diese Konferenz wie auch für die Bekämpfung der Intoleranz insgesamt, dass wir tatsächliche, messbare Fortschritte erreichen.

Ich wünsche uns in diesem Sinne, dass wir die OSZE zu einem Markenzeichen im Kampf für Toleranz und Menschenwürde machten. Ich wünsche uns, dass wir mit dieser Konferenz einen zentralen Beitrag dazu leisten.

Vielen Dank!